



Jedem Kind gerecht werden

Das Schulpolitische Konzept der CDU Nordrhein-Westfalen

Bildungspolitische Informationsveranstaltung der CDU Wetter

Burghotel Volmarstein, Dienstag, 21. Juni 2011

Thomas Sternberg

Schulpolitische Engführungen:

- Schulsystemdebatte statt Qualität des Unterrichts
- Fixierung auf das Gymnasiums
 Unterordnung unter dessen Lehrpläne
- Bei erfolgreicher Politik zu wenig Reaktion auf Veränderungen.

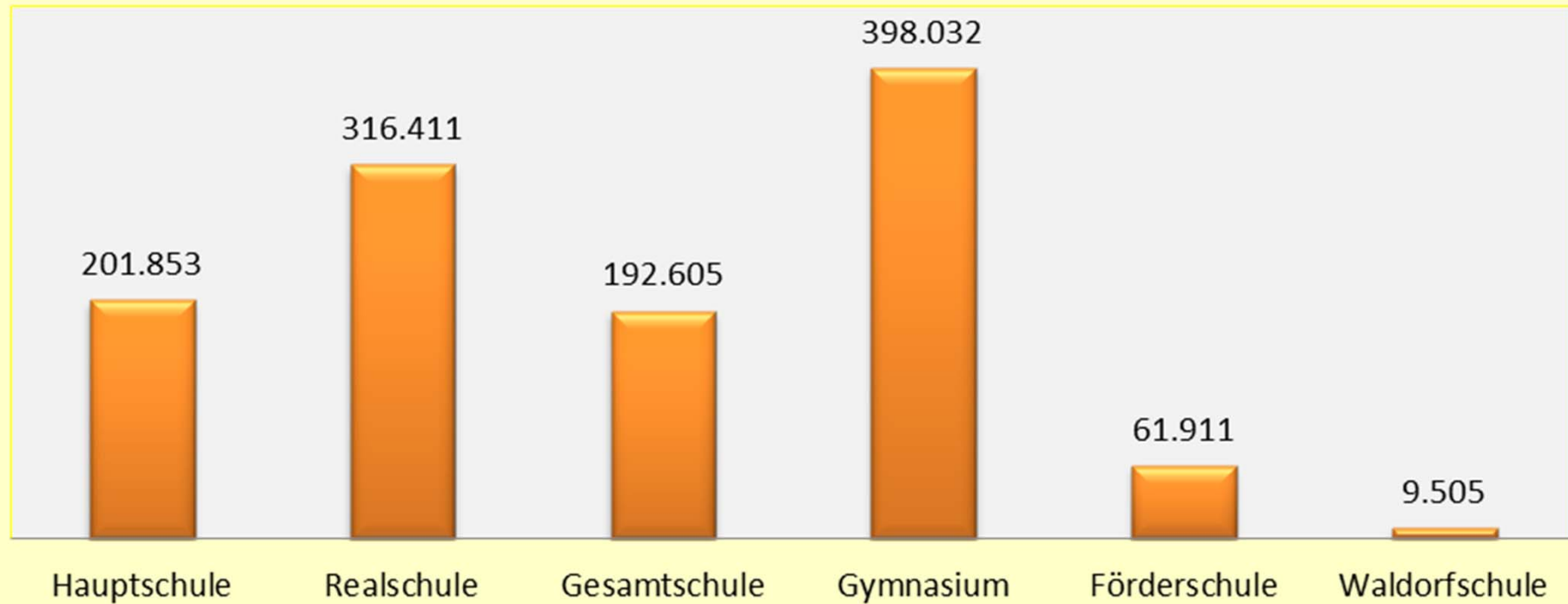
Der Weg zum Beschluss des 33. Parteitags der CDU NW:

- Leitantrag zum 32. Parteitag September 2010 in Bonn
- Nichtberatung des Papiers Kurzbeschlusstext
- Acht Regionalkonferenzen von Fraktion / KPV im November und Dezember 2010
- Schulkonferenz der Fraktion am 18. 12. im Landtag
- Leitantrag der Partei am 11. 1. 2011
- Über 700 Änderungsanträge und (fast einstimmiger) Beschluss am 12. März in Siegen.

Ziel der Bildung

- Junge Menschen sollen
 - eigenständige Persönlichkeiten werden
 - am gesellschaftlichen Leben mitwirken können
 - entsprechend ihren Fähigkeiten und Interessen für eine Berufsausbildung vorbereitet werden
- Neugierde wecken und Orientierungsmöglichkeiten bieten
 - dazu gehören emotionale, musische und soziale Funktion unter Berücksichtigung der religiösen Dimension
- Die Vielfalt der Begabungen und Interessen und die Vielfalt der Inhalte erfordern ein vielfältiges Angebot
- Gleichwertigkeit von unterschiedlichen Begabungen

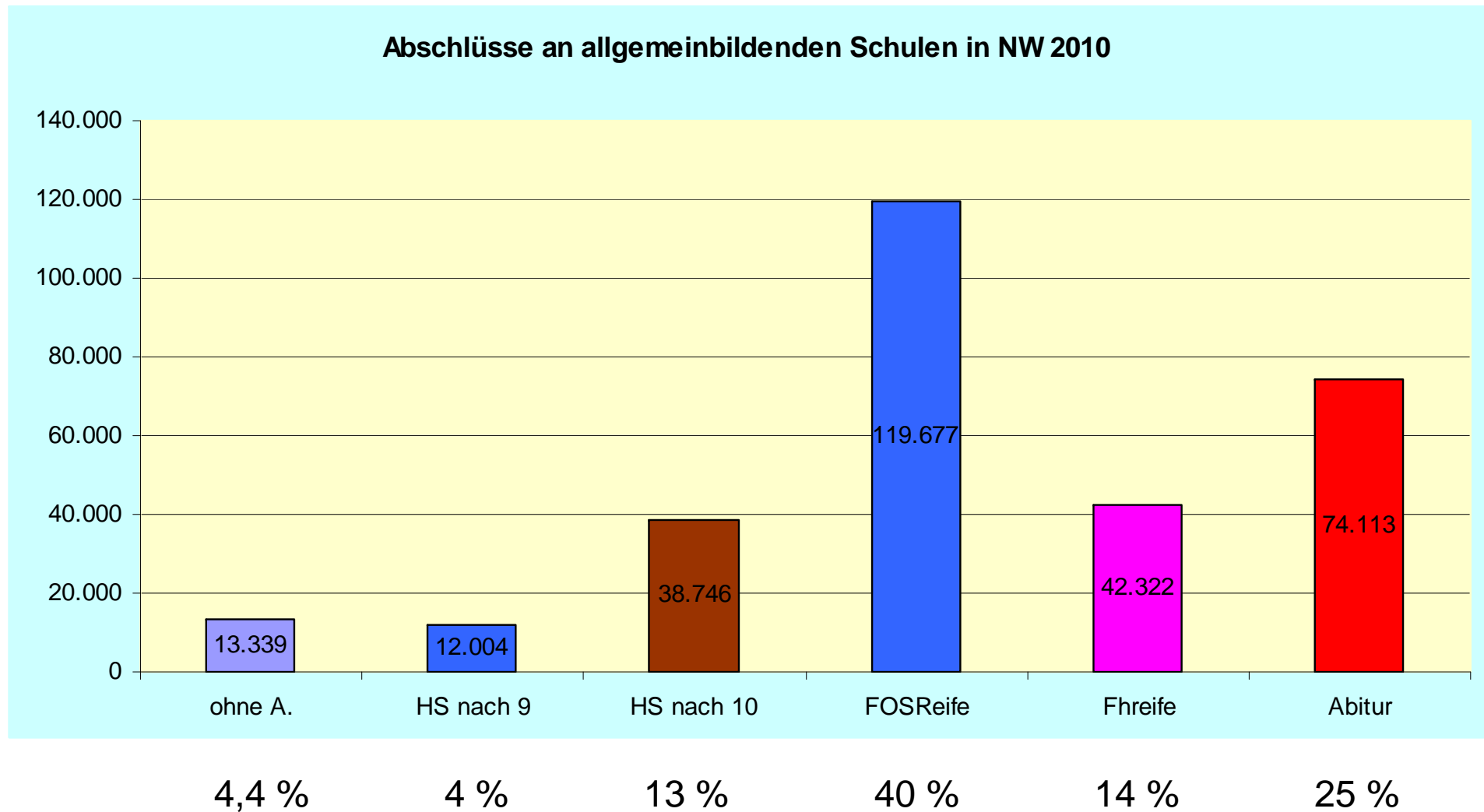
Schüler an Schulen der Sek I in 2009



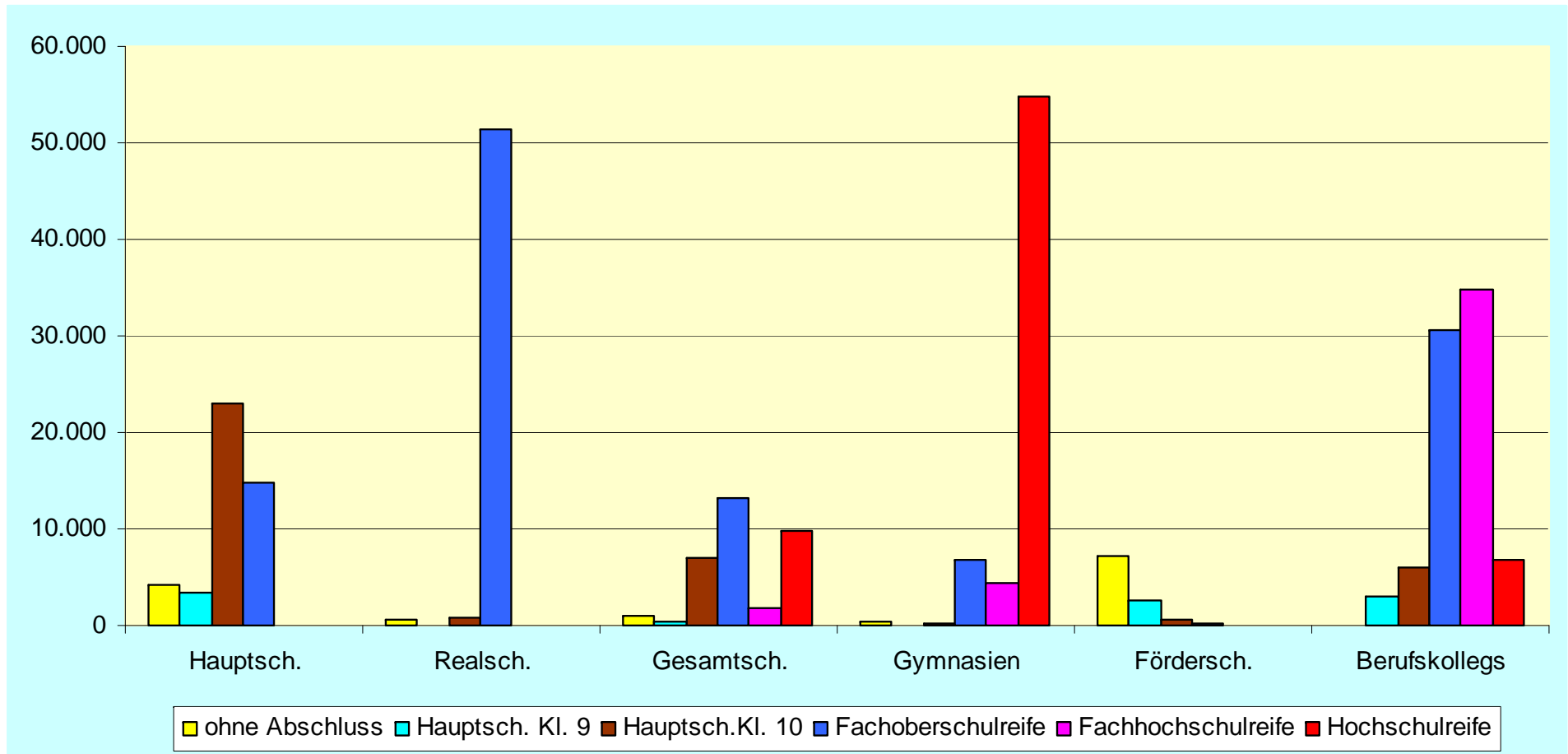
1.180.000 Schülerinnen und Schüler an Schulen nur der Sekundarstufe I

Hauptschule + Realschule + Gesamtschule : Gymnasium
= 62,4 % : 31,8 %

Absolventen der Schulen in NW



Bildung in der Schule



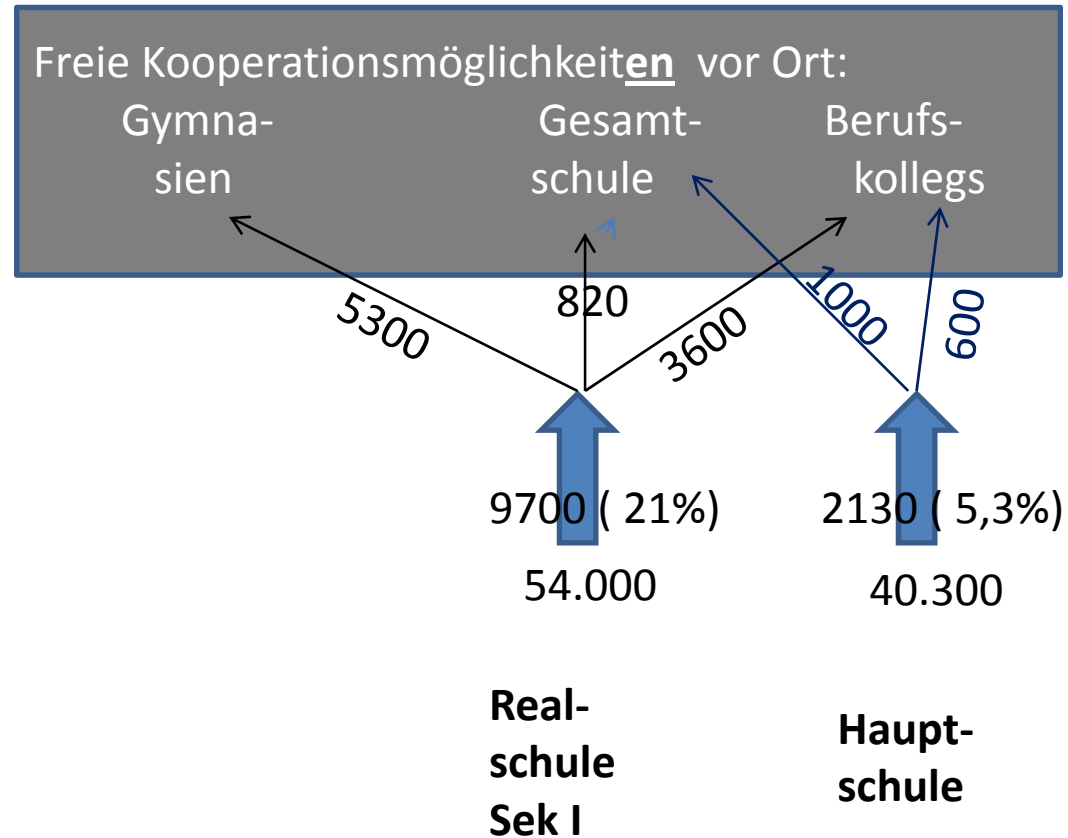
Abschlussarten nach Schulformen 2009/10

Wege zur Hochschulreife in NRW 09/10

		Abitur:
	Abitur	9730
	54.835	
13		10.600
12		(34%)
11	59.070	31.140
	(96%)	
10	61.770	
9	Gym-	Gesamt-
	nasium	schule
8	Sek I	Sek I
	84 SS	112 SS

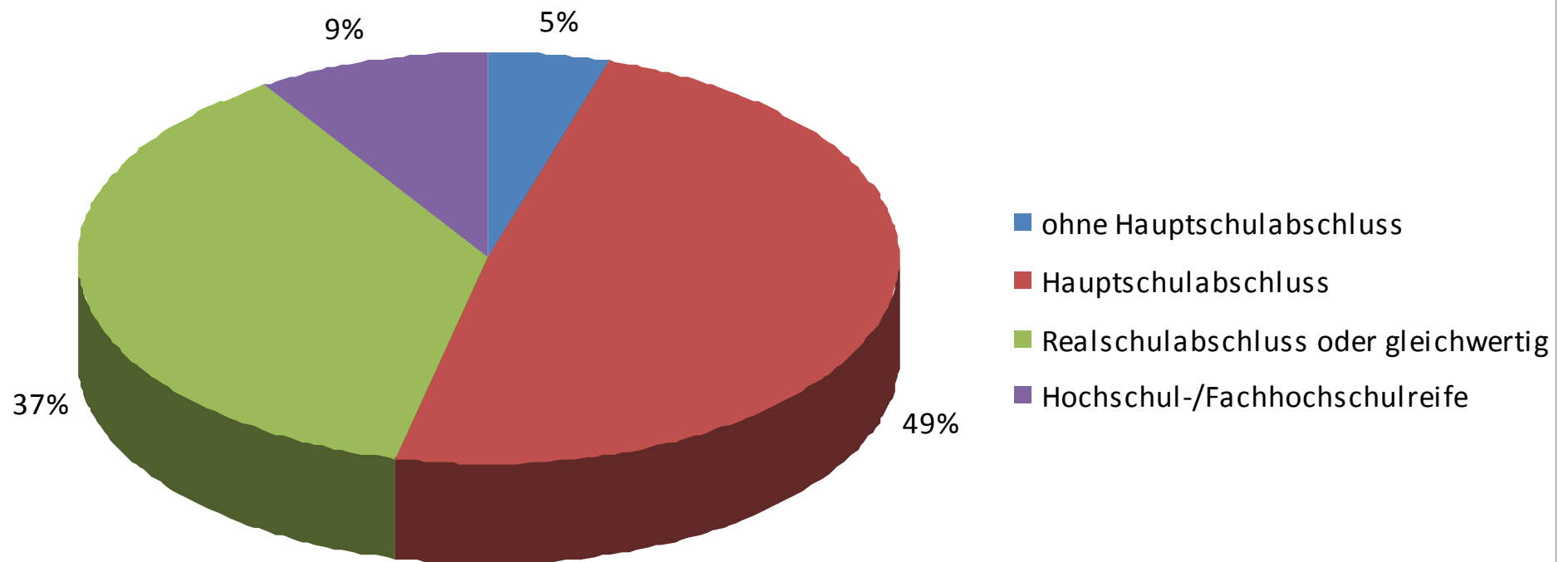
Abitur nach Schulformen 09/10		
Gymnasium	54.835	75%
Gesamtsch.	9.730	13%
Hinzu kommen:		
Berufl.Gymn.	6.750	9,2%
	73.421	

Wege zur Hochschulreife in NRW 09/10



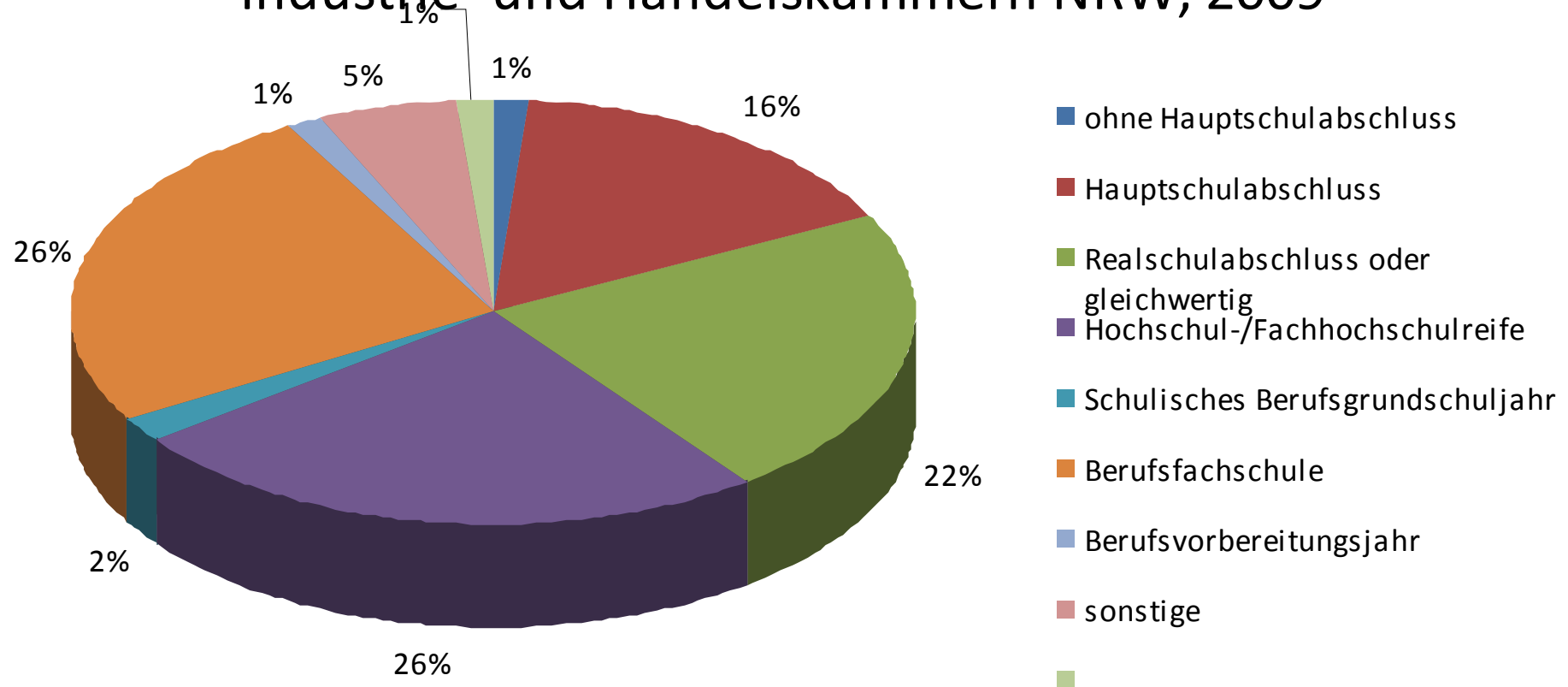
Ausbildungsverträge 2009 bei IHK und Handwerk in NW

Schulische Vorbildung bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnissen Handwerkskammern NRW, 2009

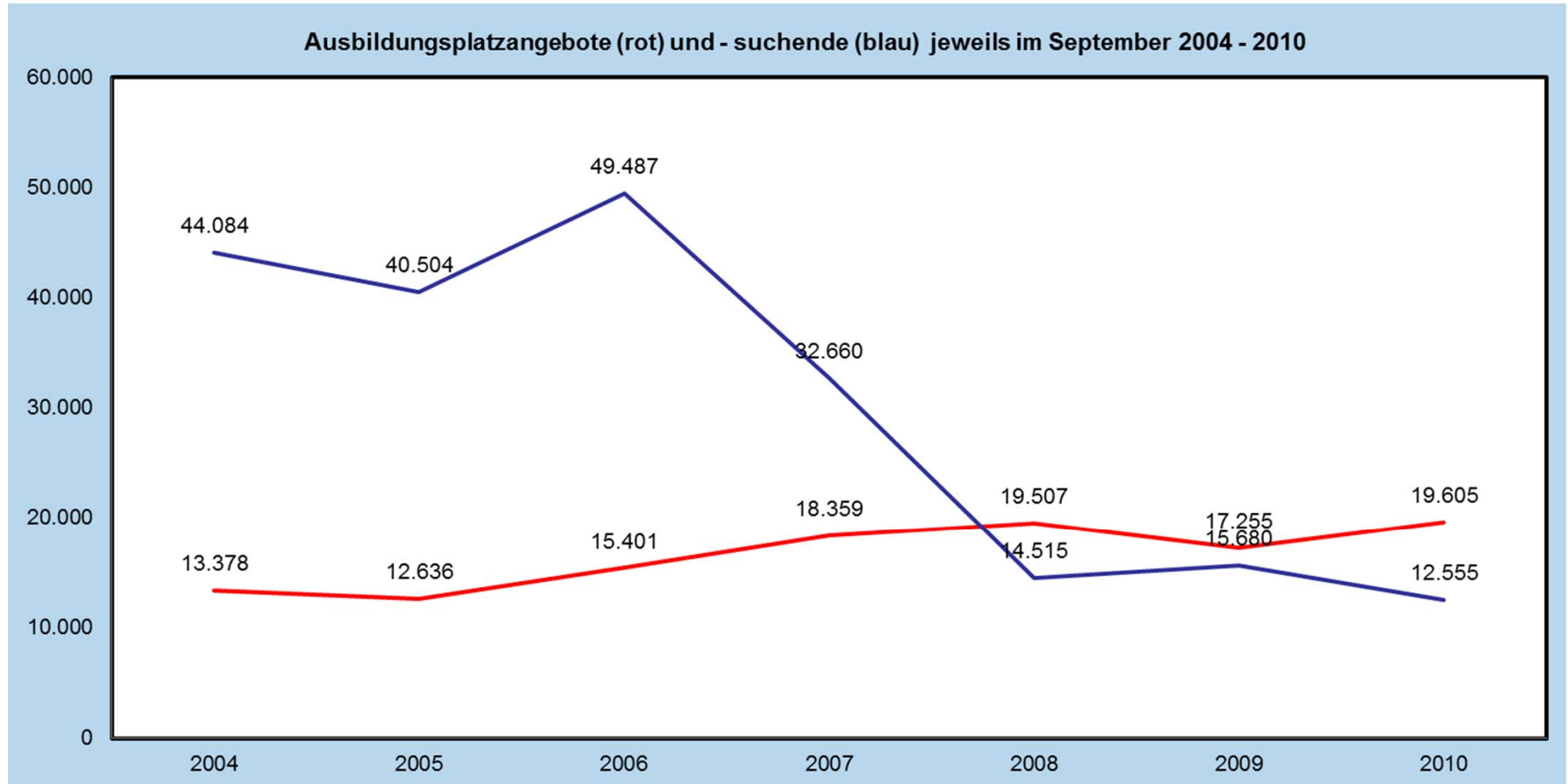


Ausbildungsverträge 2009 bei IHK und Handwerk in NW

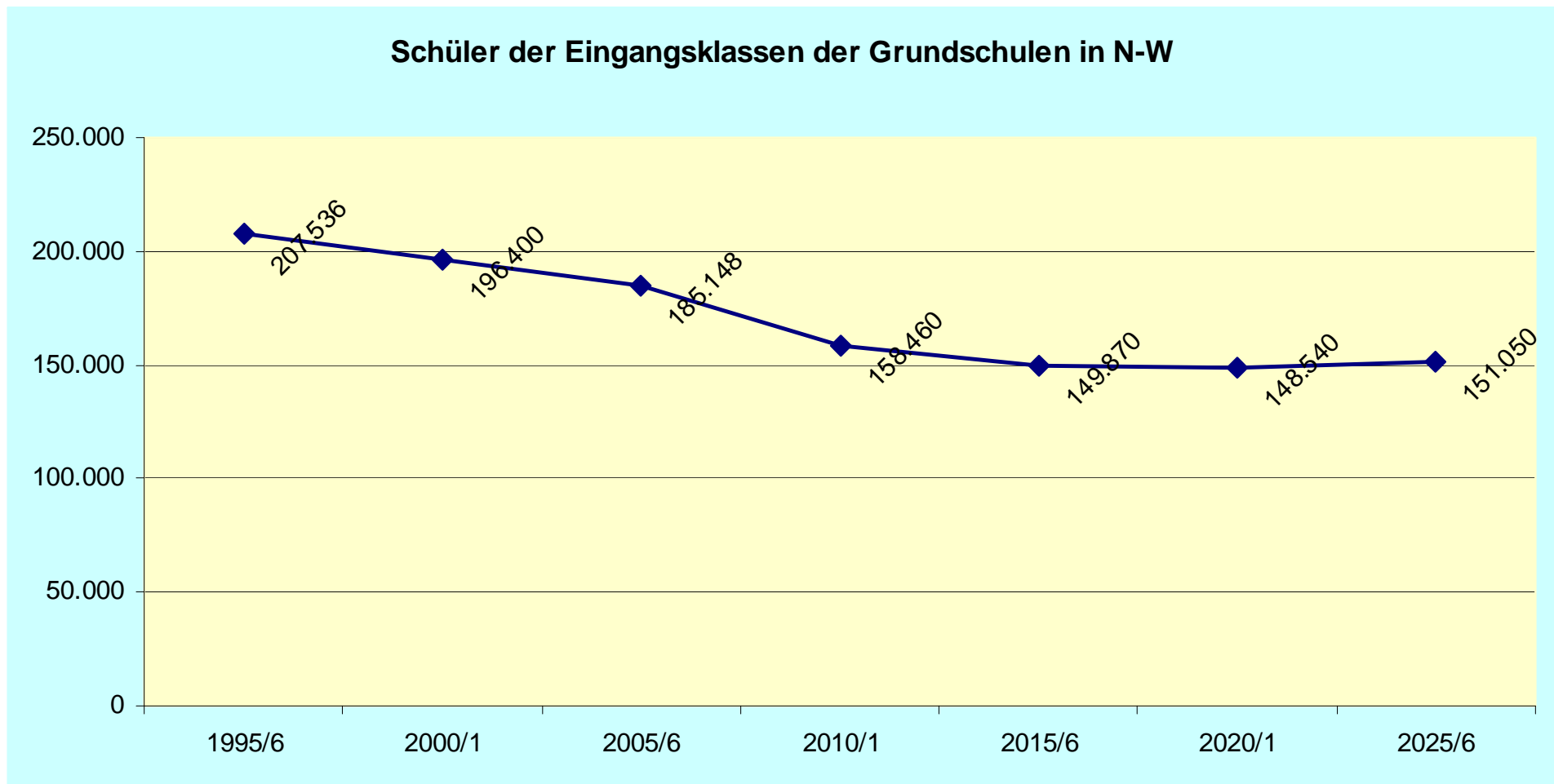
Schulische Vorbildung bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverhältnissen Industrie- und Handelskammern NRW, 2009



Ausbildungsplatzsituation jeweils im September



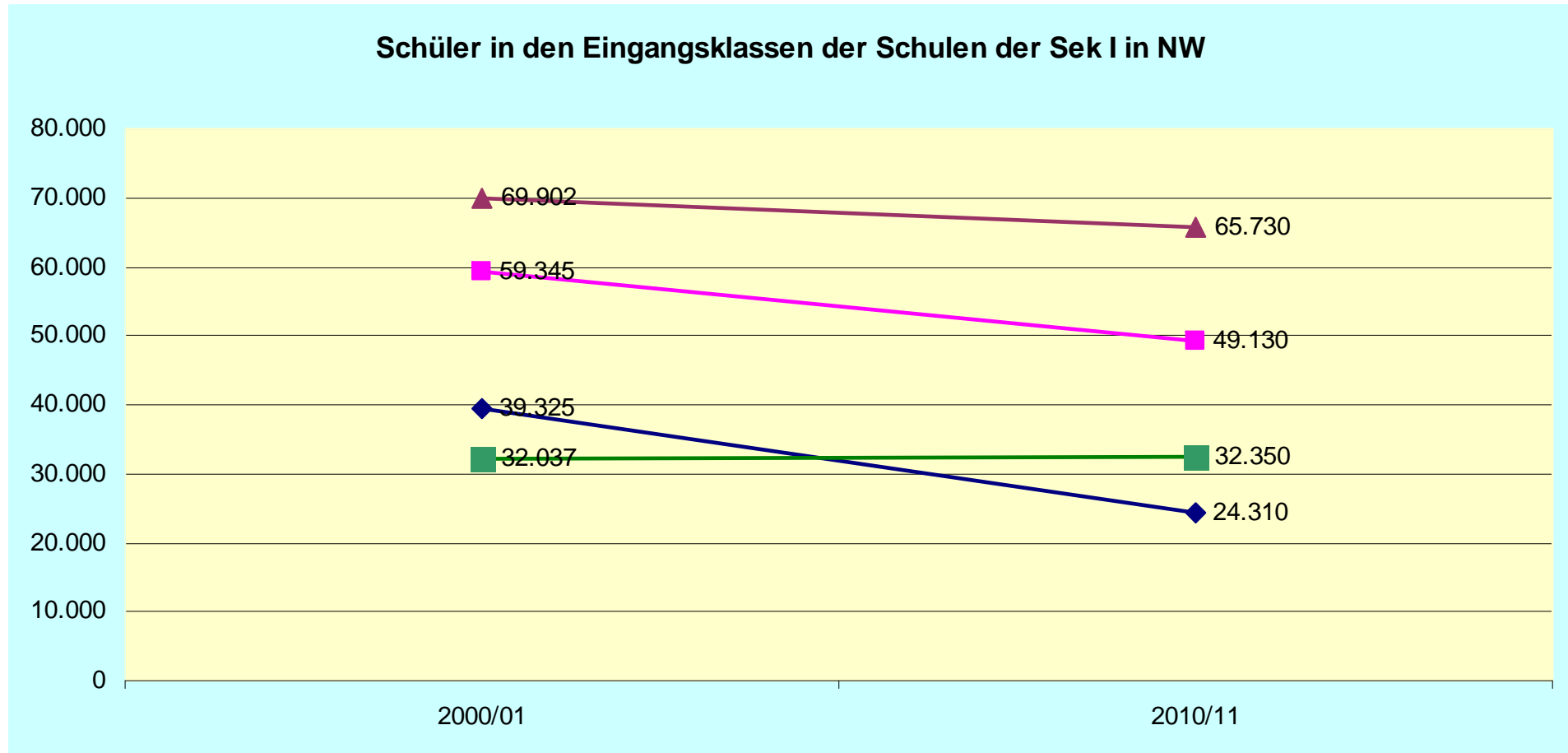
Schülerrückgang 1995 – 2026



Starker Rückgang bis 2015 und dann (voraussichtlich) Stabilisierung auf diesem Niveau

Die Rückgänge in den Eingangsklassen von 2006 haben nun 2010 die weiterführenden Schulen erreicht. Der Rückgang ist bis 2016 auf sicherer Datenbasis

Schulprognose des Ministeriums vom Juli 2010: Entwicklung der Schülerzahlen im fünften Schuljahr



Rückgang in tsd: **Gymnasium 70/66:-4**

Realschule 60/50: - 10

(2000-2010) **Gesamtschule: 32/32: +-0**

Hauptschule: 40/25: -15

Schulprognose des Ministeriums vom Juli 2010:

Von 2009 bis 2019

sinkt die Zahl der Schüler in NW: - 15,8 %

das heißt: (bei 26 Schülern pro Klasse): - 12.346 Klassen!

Wir können auf keine Begabung verzichten – jede muss gefördert werden!

(Schon jetzt kündigt sich ein erheblicher Fachkräftemangel an)

Bayern: CSU/FDP-Koalition; 886.051 Schüler

keine konkreten Veränderungen geplant, aber **Modellversuche zur Kooperation** von Haupt- und Realschulen

Baden-Württemberg: CDU/FDP-Koalition; 762.659 Schüler

Eine „**Werkrealschule**“ wird in diesem Jahr als Ersatz für zweizügige Hauptschulen eingeführt, die auch zum Realschulabschluss führen kann

Sachsen: CDU/SPD-Koalition; 168.099 Schüler

56,2 % „**Mittelschulen**“ (Verbund aus Real- und Hauptschule)

Thüringen: CDU/SPD-Koalition; 98.055 Schüler

49,6 % „**Regelschulen**“ (=Verbund aus Real- und Hauptschule)

Niedersachsen: CDU/FDP-Koalition; 591.545 Schüler

Geplant ist eine „**Oberschule**“ mit Kombination aus Hauptschule/Realschule Orientierungsstufe (Klasse 5 + 6) wurde 2003 nach 30 Jahren wieder abgeschafft

Hessen: CDU/FDP-Koalition; 415.826 Schüler

„**Mittelstufenschule**“ in Vorbereitung, mit einem „Praxisorientierten“ und eine „Mittleren“ Bildungsgang als Ersatz von Haupt- und Realschulen

(Hamburg) CDU/GRÜNE-Koalition; 111.913 Schüler

Der Versuch, die vierjährige Grundschule zur sechsjährigen „**Primarschule**“ zu verändern, führte zu einem erfolgreichen Volksbegehren im Sommer 2010.

Die sog. „Gemeinschaftsschule“ (1)

Soll eine Lösung der demographischen und Schulwahl-Probleme in Schulstandorten mit einer – nicht mehr zureichend nachgefragten Hauptschule darstellen.

Es handelt sich um eine Versuchsschule nach § 25 SchulG NM

Die Voraussetzungen sind vor allem:

„Gemeinschaftsschule“ 3 – 4 Klassen pro Jg mit je 23:

69 – 92 Schüler

eine Schule der Sek I mit gymnasialem Standard

sie darf keine Schule eines anderen Trägers gefährden

Die sog. „Gemeinschaftsschule“ in NW

sie ist eine „Zwerg-Gesamtschule“:

- mit **gymnasialem Lehrplan** in Klassen 5 und 6
(z. B. zweite Fremdsprache ab Klasse sechs verbindlich)
- mit **Anspruch auf Aufnahme** für jedes Kind ohne
Auswahlverfahren
- mit deutlich **reduzierten Differenzierungsmöglichkeiten**
- mit verpflichtendem **Ganztag**
- der Besuch einer Versuchsschule ist **nur freiwillig** möglich
- ist **integrative** oder **kooperative** (nur bei Vierzügigkeit)
Gesamtschule ab Klasse 7

Schulen im Vergleich nach Mindestschülerzahlen

Mind. 3 Klassen
 $3 \times 23 = 69 \text{ SS}$

„Gemeinschaftsschule“

Mind. 4 Klassen
 $4 \times 28 = 112 \text{ SS}$

Gesamtschule

HS: 2 KI = 48
RS: 2 KI = 48
Gym: 3 KI = 84

180 SS

gegliedert

Eine Verbundschule der Sek I hat **mindestens** 3×24 Schüler = 72

Durch den vorgesehenen Abbau der Förderschulen müssen die Schulen auch den Interessen und Begabungen von Lernschwachen gerecht werden.

Was ist eine Verbundschule?

Hauptschule: 1 oder 2 KI = 24 Schüler

Realschule: 1 oder 2 KI = 48 Schüler

Verbundschule: 72 Schüler

Gymnasium und/oder Gesamtschule wie bisher
(mind. 84 bzw. 112 Schüler)

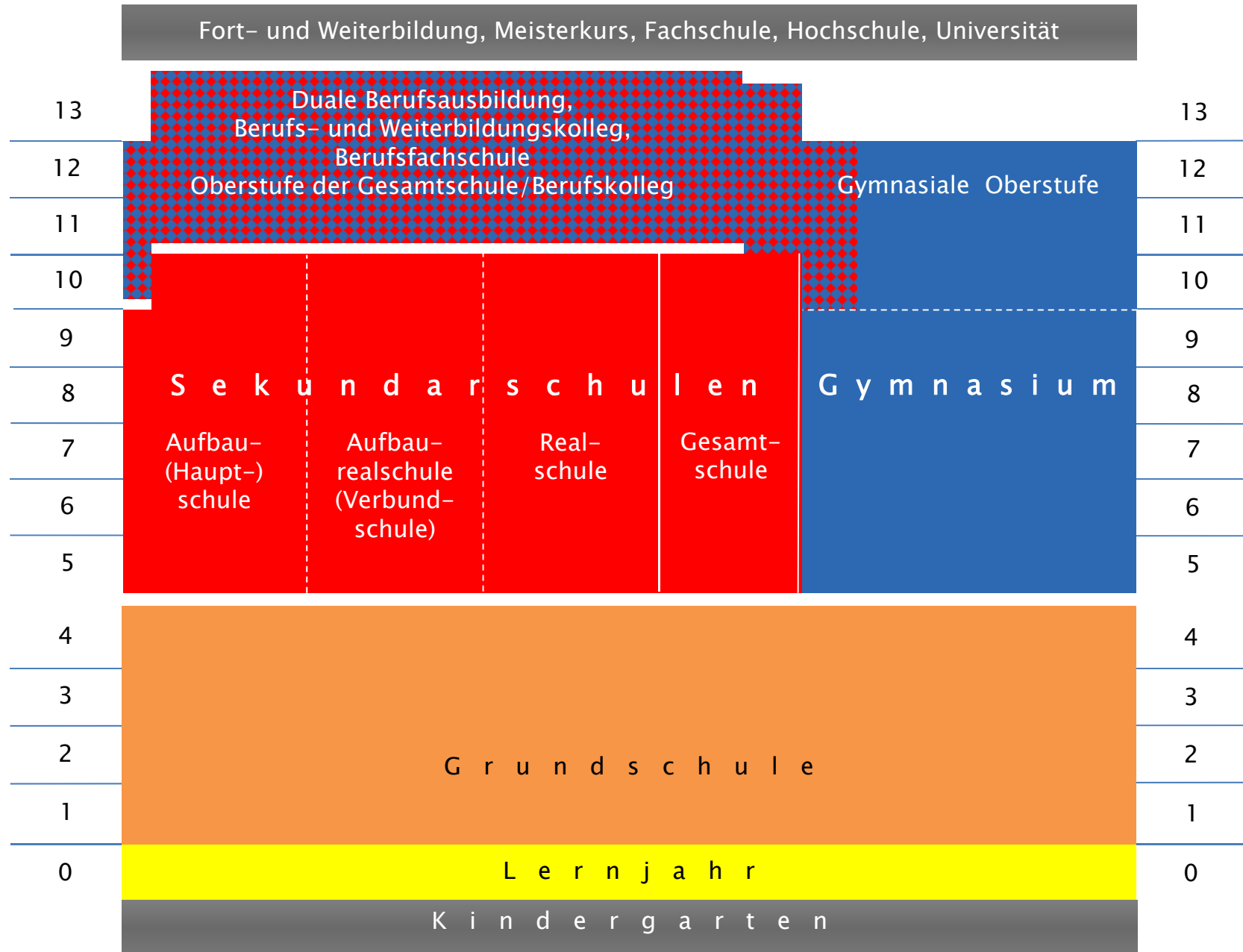
Verbundschule nach § 83 Schulgesetz NW

- Verbundschule ist der **organisatorische Zusammenschluss** von Schulen an einem oder mehreren Standorten
- Sie bringt die **Bildungswege der Realschule und der Hauptschule** näher zusammen und
- ermöglicht eine **wohnnaher Schule der Sekundarstufe I** auch in kleineren Kommunen

Verbundschule / Aufbaurealschule die bessere Lösung!

- Zur Zeit nach § 83 Schulgesetz ein Zusammenschluss bestehender Haupt- und Realschulen
- Weiterentwicklung zu Schulen mit minimal 2 Klassen / 40 Schülern
- Erhalt eines Schulangebots der Sek I am Ort
- Durchlässigkeit für die Absolventen in Oberstufen oder Berufskollegs

Differenziertes Zweisäulenmodell



Berufskollegs stärken

- Garant für Durchlässigkeit und allgemeine Abschlüsse
- Weiterer Ausbau zu regionalen Kompetenzzentren
- Stärkung der dualen Ausbildung
- Höherqualifizierende Abschlüsse mit der dualen Ausbildung ermöglichen – Ausbau duales Studium
- Weiterbildungskollegs als zweite Chance

Durchlässigkeit erhöhen!

- Übergänge besser organisieren!
- Vertikale Durchlässigkeit erhöhen, d.h. jeder Abschluss bietet einen Anschluss zu
- weiterführende Bildung im Oberstufen- und beruflichen Bildungsbereich

Früher gemeinsam lernen

Vorschlag:

Dem bisherigen ersten Grundschuljahr wird ein verpflichtendes „Lernjahr“ in **Kombination von Kindergarten und Grundschule** vorangestellt. Die inhaltliche Gestaltung und die Organisation werden in gleichberechtigter Kooperation von Grundschulen und Kindergärten in enger Verzahnung gemeinsam verantwortet.

Individuelle Förderung und Kultur der Anerkennung

- Qualitative Unterrichtsentwicklung muss im Mittelpunkt stehen
- Heterogenität der Lerngruppen darf nicht zu groß werden
 - Gegen Unter- und Überforderung
- Kleinere Lerngruppen als Ziel
 - Demographiegewinne im System Schule belassen (bis 2015 sind 2,4 Mrd. € errechnet)
 - Lehrereinstellungspolitik der vergangenen Jahre fortsetzen
 - Anerkennung und Selbstvertrauen sind Grundlagen erfolgreichen Lernens
 - Kultur der Anerkennung und Wertschätzung ist ein Ziel der Pädagogik

Integration

- Querschnittsaufgabe
- Von der Elementarbildung bis zur Universität
- Ausbau der Sprachförderung und weiterer Maßnahmen
- Jedes Kind soll von Anfang an aktiv am Unterricht teilnehmen können.

Bedarfsgerechter Ausbau des Ganztags

- Unter Berücksichtigung der Elternwünsche ist der Ganztag auszubauen
 - Eltern sollen echte Wahlmöglichkeit haben
- Freie Jugendarbeit der Kirchen, des Sports, der kulturellen Bildung und anderer Träger außerschulischer Jugendarbeit müssen innerhalb und außerhalb der Schule möglich sein
 - Zusammenarbeit mit Trägern der außerschulischen Jugendarbeit
- Schulgebäude müssen zu besser angepassten Lebensräumen werden
 - Dem müssen finanzielle Anstrengungen von Land und Kommunen gelten

Inklusion

Eltern müssen nach bester und individueller Beratung in die Lage versetzt werden, zu entscheiden, wo das Wohl eines Kindes mit Behinderungen am besten gefördert wird, in der allgemeinen Schule oder in der Förderschule.

Lehreraus- und –fortbildung ist notwendige Bedingung für gute Schulen

- Neue Lehrerausbildung muss zur Profilierung der Pädagogik führen
- Exzellente Weiterbildungsangebote für Lehrende müssen selbstverständlich werden
 - Weiterbildungsverpflichtung für die Lehrenden
 - Neue Aufgabenübernahme durch
 - die Hochschulen,
 - Zentren für Lehrerausbildung
 - Weiterbildungsträger

Bildung und Erziehung brauchen Vertrauen

- Verantwortung für die Schule: Lehrkräfte, Eltern und Schüler
- Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Schulen
- Aufgabe der Schule ist guter Unterricht
 - Entlastung von Erziehungs-, Therapie- und Sozialaufgaben durch Fachpersonal
- Bildung ist immer Selbstbildung
 - Ziel ist die Aktivierung und das Wecken von Neugierde

Vielen Dank!